

**Dr. Peter Struck in Bremen am 22. März 2004 im oberen Saal des Alten Rathauses**

- Vortrags-Aussagen zur Stationierungsplanung für die Bundeswehr -

Eingebettet in eine „Tour d’ Horizont“ -

- über die bisherige Reformentwicklung in der Bundeswehr seit der deutschen Wiedervereinigung,
- über die sich verändert habenden Aufgabenstellungen im NATO-Bündnis,
- über die aktuellen Gegebenheiten und Bedingungen für die Bundeswehr, sowie
- über die bis zum Jahre 2010 noch zu realisierenden Veränderungen

hat der Bundesminister für Verteidigung, Herr Dr. Peter Struck, auch über das Erfordernis eines weiteren Abbaus von Bundeswehrstandorten vorgetragen.

Bei Übernahme der Bundesregierung durch die amtierende rot-grüne Koalition habe es noch weit über 600 Bundeswehrstandorte in Deutschland gegeben. Unter Struck’s Amtsvorgänger Scharping sei bereits die Schließung von über 100 Standorten, die von der Bundeswehr nicht mehr benötigt würden, bis zum Ablauf des Jahres 2006 veranlasst worden. Bis zum Jahre 2010 soll der personelle Gesamtumfang der Bundeswehr an Soldaten in den Streitkräften (250.000) und Zivilbediensteten in der Bundeswehrverwaltung (75.000) auf 325.000 zurückgeführt werden. Damit verringere sich auch der Bedarf der Bundeswehr an Standorten für deren Stationierung. Er, Struck, müsse im Zeitraum 2007 bis 2010 mindestens weitere 100 Standorte aufgeben. Dabei werde sich die verbleibende Stationierung „ausschließlich an militärischen und betriebswirtschaftlichen“ Erfordernissen orientieren - nur diese Kriterien seien für den Erhalt oder die Schließung eines Standortes maßgebend.

Struck erwähnte in diesem Zusammenhang das Nachmittagsgespräch mit der Delmenhorster Delegation. Als Sozialdemokrat fühle er mit den Verantwortlichen in den von Truppenreduzierungen betroffenen Kommunen und verstehe er deren Sorgen, wenn Kleinbetriebe in Handwerk und Dienstleistungsgewerbe Kunden verlören und in wirtschaftliche Not geraten würden. Die Delmenhorster hätten ihm alle dort gegebenen Vorteile für die Erhaltung ihres Standortes vorgetragen; darunter auch das gute Verhältnis zwischen der Bundeswehr und der Stadtbevölkerung.

Dazu sagte Verteidigungsminister Struck, was ihm in Bezug auf Delmenhorst vorgetragen worden sei, höre er so fast bei jedem von einer Schließung bedrohten Standort.

Man dürfe nicht übersehen, was sich in Deutschland verändert habe. Die Bundeswehr habe in der Bevölkerung mittlerweile durchgehend einen guten Ruf und eine hohe Akzeptanz. Er könne sich keinen Standort mehr vorstellen, an dem sich ein Feierliches Rekrutengelöbnis nicht ungestört würde veranstalten lassen.

Der Bäcker, der nach dem Fortgang der Soldaten und deren Familien weniger Brötchen verkaufe, tue ihm persönlich schon leid; aber er sei nicht der „Wirtschaftsförderungsminister“ in Deutschland - und ebenso wenig in Niedersachsen oder in Bremen.

Das ihm als Verteidigungsminister anvertraute Geld könne er verantwortlich nur für zwingende Zwecke der Bundeswehr ausgeben. Um die Lösung anderweitig entstehender Probleme müssten sich Andere entsprechend ihrer Zuständigkeiten kümmern; das könne nicht seine Aufgabe sein, und sie sei es auch nicht.

Er, Struck, habe in seinem Hause eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die alle noch bestehenden Standorte auf weiteren künftigen Bedarf für die Bundeswehr untersucht und das Ergebnis Ende Oktober/Anfang November d. J. mit einem Vorschlag für die künftige Truppenstationierung vorzulegen hat; was dann auch veröffentlicht werden soll.

Wenn er auch persönlich künftig an der Allgemeinen Wehrpflicht (*aus von ihm genannten Gründen*) festhalten wolle, so habe die rot-grüne Koalition die Prüfung solchen Erfordernisses für laufende Legislaturperiode vereinbart.

Weil es das Ergebnis dieser Prüfung noch nicht gebe, habe er dem Generalinspekteur den Auftrag erteilt, das Stationierungskonzept für die Bundeswehr sowohl unter dem Aspekt der Beibehaltung der Wehrpflicht, als auch unter dem Aspekt deren möglicher Aussetzung zu erarbeiten, damit die Planungen für die Bundeswehr von einer politischen Entscheidung contra Wehrpflicht nicht mehr beeinträchtigt werden könnten.



GESELLSCHAFT FÜR WEHR- UND  
SICHERHEITSPOLITIK e. V.  
Sektion Bremen

Sektionsleiter:  
Dr. jur. Otto C. Carlsson  
OTL d. Res.  
28357 BREMEN (BORGFELD)  
KATREPELER LANDSTRASSE 24  
TELEFON (0421) 27 00 33  
TELEFAX (0421) 27 39 80  
BANKKONTO:  
SPARKASSE BREMEN  
(BLZ 290 501 01) KONTO-NR. 1069 5153

**Einladung**  
vom 1. März 2004

Es ist uns gelungen, als besonderen Höhepunkt unserer bisherigen Vortragstätigkeit zusammen mit der Deutschen Atlantischen Gesellschaft den Herrn

**Bundesverteidigungsminister  
Dr. jur. Peter STRUCK**

zu einem Vortrag nach Bremen zu bitten. Er wird am

**MONTAG, dem 22. März um 20.00 Uhr  
in der Oberen Halle des Alten Rathauses  
über  
DIE BUNSEWEHR DER ZUKUNFT**

sprechen.

Wir sind Herrn Minister Dr. Struck für seine Zusage, in Bremen zu sprechen besonders dankbar und auch Herrn Bürgermeister Dr. Scherf, der uns dafür das Rathaus geöffnet hat.

Für einen altgedienten Kriegsteilnehmer ist die Vorstellung von der Wandlung der Bundeswehr von der Grenzverteidigung gen Osten hin zu ein weltweit operierenden Gefahrenabwehrtruppe noch immer äußerst gewöhnungsbedürftig und auch die Jüngeren stellen immer wieder Fragen nach der Notwendigkeit und der Effektivität einer solchen globalen Strategie. Sicherlich gibt es keinen kompetenteren Referenten für dieses Thema, als den Minister selber.

Herr Dr. STRUCK wurde 1943 in Göttingen geboren. Er ist verheiratet und hat drei Kinder. - 1967 und 1972 legte er beide juristische Staatsprüfungen ab und wurde 1971 zum Dr.jur. promoviert. - Nach 2 Jahren in Hamburg als Regierungsrat und persönlicher Referent des Präsidenten der Universität wechselte er 1973 als Stadtrat und stellvertretender Stadtdirektor nach Uelzen. Seit 1983 ist er dort als Rechtsanwalt zugelassen. - Nachdem er 1964 in die SPD eingetreten war, wurde er 1980 erstmals in den Deutschen Bundestag gewählt.